

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/204

23. Oktober 1972

Einsatz und Erfolge für die Menschen

Zwischenfazit der sozialliberalen Deutsch-
landpolitik

Von Willy Brandt
Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Europa auf dem Weg zur Union

Großer Auftrieb durch konkrete Beschlüsse
in Paris

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Guter Ausblick für den 9. November

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Baden
und Niedersachsen

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Strauß macht sich selbst zur Gefahr

CSU-Chef vor seinem "Point of no return"

Seite 7 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 72, Haussallee 2-70
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 888 848 / 898 847
898 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Einsatz und Erfolge für die Menschen

Zwischenfazit der sozialliberalen Deutschlandpolitik

Von Willy Brandt

Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender

Keine unsachliche Folemik vermag davon abzulenken, daß sich die Politik der Bundesregierung zugunsten der Menschen in Deutschland ausgewirkt hat. Daß im anderen Teil Deutschlands, der DDR, ein kommunistisches Regime herrscht, ist ebenso wenig neu wie die Tatsache, daß die Gesellschaftsordnungen hüben und drüben sich nicht miteinander vereinbaren lassen.

Daß die Mauer in Berlin und der Todesstreifen zwischen den beiden deutschen Staaten grausam und absurd sind, sollte in einer ernsthaften Diskussion bei uns in der Bundesrepublik - selbst in Wahlzeiten - nicht in Frage gestellt werden. Jedermann - vor allem auch die Regierung in Ostberlin - weiß, daß wir dies scharf verurteilen.

Die Frage war und ist jedoch: Soll man sich in berechtigtem, aber ohnmächtigen Protest erschöpfen und resignieren, oder soll man dennoch zu erreichen versuchen, daß es Erleichterungen gibt, so daß die Menschen sich wiedersehen können?

Ich stand dieser Frage schon als Regierender Bürgermeister von Berlin gegenüber. Und ich habe doch nicht die Grausamkeit der Mauer vergessen, als ich mich für Passierscheine einsetzte. Ebenso wenig übersehe ich die Schußanlagen an der Grenze, wenn ich mich um mehr legale Reisemöglichkeiten bemühe.

Der bloße, wenn noch so berechtigte Protest heißt Resignation, bedeutet Warten auf Wunder und ist Verzicht auf Politik. Er ist ein zu bequemer Weg. Es war der Weg der CDU/CSU, 20 Jahre lang, ohne erkennbare Rücksicht darauf, daß dadurch die Substanz der Nation gefährdet wurde.

Während der CDU-Regierungen ist die Freizügigkeit verloren gegangen und der Schießbefehl eingeführt worden. Dies ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Wir können nicht die absurde, widernatürliche Grenze beseitigen. Wir können nur dafür sorgen, daß die Menschen auf beiden Seiten sich dennoch wiedersehen und sich besuchen, und daß zerrissene menschliche Verbindungen wieder geknüpft werden.

Es darf nicht untergehen, daß seit dem 16. Oktober 1972 Reisemöglichkeiten bestehen, die es bisher nicht gab, und daß wir diese Reisemöglichkeiten weiter ausbauen werden, auch wenn die Opposition uns das Recht bestreitet, im Interesse der Menschen weitere Vereinbarungen zu treffen.

Es darf nicht untergehen, daß weit mehr als drei Millionen Menschen durch die Entscheidung der DDR-Regierung - Entlassung aus ihrer Staatsbürgerschaft - nun auch rechtlich gesichert die gleichen Möglichkeiten zu ungefährdeten Reisen oder Besuchen in

der DDR haben wie alle anderen Bewohner der Bundesrepublik. Dies ist wichtig für eine große Gruppe unserer Mitbürger. Und es ist sogar mehr, als die Opposition gefordert hatte.

Wer hat denn die Wende zum Besseren zwischen den beiden Staaten erreicht? Die Opposition mit ihren Vorurteilen und Vorwürfen, oder die Regierung mit ihrer illusionslosen Politik und sachlichen Arbeit?

Man hat mich wegen des Satzes kritisiert, daß gutem Willen drüben guter Wille bei uns entsprechen würde. Ich habe dabei nicht zuletzt die Amnestie in der DDR im Auge gehabt. Sie stellt eine bedeutende Sache dar. Sie wird von großer Bedeutung für viele Familien in der DDR sein, und das sollte man nicht übersehen.

Sie wird aber auch von großer Bedeutung für uns sein. Es gibt bei uns eine große Zahl von politischen und anderen Fällen, in denen Bewohner der Bundesrepublik verhaftet und verurteilt worden sind und noch immer in den Gefängnissen der DDR sitzen. Auch sie werden von der Amnestie im guten Sinne des Wortes betroffen. Auch sie werden freigelassen werden. Auch für sie ist der 1. November der Stichtag, an dem die Entlassungen beginnen. Und wer weiß, welche große Mühe sich diese Regierung und ihre Vorgänger gegeben haben und mit welchem begrenztem Erfolg, der wird diese neue Situation zu würdigen wissen und das, was es für die Menschen bedeutet.

Die Bundesregierung handelt, wie es die Verfassungspflicht ihr vorschreibt. Über die Fragen des Grundvertrages gibt es regelmäßige Beratungen mit der Opposition. Ich begrüße, daß dies trotz des Wahlkampfes geschieht. Die Bundesregierung hat es übrigens angeboten. Ich würde es begrüßt haben, wenn die Herren der Opposition für diese Aufgabe noch mehr Zeit zur Verfügung gehabt hätten. Ebenso wie ich es bedaure, daß man für den Auswärtigen Ausschuss keine Zeit gefunden hat, um die Regierung noch vor der Pariser Konferenz über ihre Vorschläge berichten zu lassen.

Die Opposition hat es insofern gut, als sie sich voll auf den Wahlkampf konzentrieren kann. Die Regierung geht auch während des Wahlkampfes ihren Pflichten nach. Nun hören wir abwechselnd die Vorwürfe, daß wir zu wenig oder zu viel tun. An dieser widersprüchlichen Polemik läßt sich offensichtlich nichts mehr ändern. Also muß die Regierung unabhängig davon das tun, was sich ihrer Überzeugung nach im Interesse der Menschen und des Friedens erreichen läßt.

(-/ee/23.10.1972/ks)

+ + +

Europa auf dem Weg zur Union

Großer Auftrieb durch konkrete Beschlüsse in Paris

Willy Brandt hat allen Grund zur Zufriedenheit. Das Ergebnis der Pariser Gipfekonferenz der neun Staats- und Regierungschefs geht, wenn auch noch einige Punkte zu erledigen sein werden, doch weit über die realen Erwartungen hinaus. Als bedeutsamstes Fazit ist die Tatsache zu nennen, dass die Regierungen der neun Staaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaft mit ihren rd. 250 Millionen Menschen und ihrem erstaunlich großen Friedenspotential bereit sind, bis Ende der siebziger Jahre die Gemeinschaft zu einer Politischen Union zusammenwachsen zu lassen. Damit ist die Jahrzehnte andauernde und verbale Langfristigkeit früher als erwartet in eine reale Mittelfristigkeit umgeschlagen. Wir können also mit einem greifbaren Termin rechnen, an dem die Politische Union der heute neun Staaten Nord-, West-, Mittel- und Südeuropas in voller Beachtung der Römischen Verträge zu einer umfassenden Integration und Kooperation zusammengefunden haben werden.

Die erste und zweite Staatsmännergeneration nach den Vätern der Römischen Verträge hat in Paris das europäische Einigungswerk dem Fertigbau entgegengeführt. Es ist eine gemeinsame Leistung aller neun Staaten, wobei freilich gerade wir Deutschen allen Anlass haben, die weitreichenden und tiefgreifenden Erfolge des Bundeskanzlers zu würdigen, der sich parallel mit den Bemühungen um die Ost-Verständigung stets mit viel Initiative und voller Energie der Vollendung der Westintegration und Westkooperation gewidmet hat. Willy Brandts Engagement hat im breiten Vorfeld von Paris und in Paris selbst eine kardinale Rolle gespielt. Daran kann auch das wahlkampfbedingte Kritisieren und ewige Besserwissen der Opposition nichts ändern. Die beiden "Unions"-Parteien und ihre Führungen haben nach dem unentschiedenen Beisitzestehen bei den Ostverträgen die zweite große außenpolitische Chance aus den Händen fallen lassen. Ihr "Schatten-

"Aussenminister" Dr. Gerhard Schröder war damals und heute ein schlechter Ratgeber.

Das aktuelle Interesse konzentriert sich jetzt auf das Luxemburger Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister der neun EG-Staaten, das für den 30. und 31. Oktober eingeplant ist. Hauptaufgabe dieser Sonderkonferenz ist das in Paris angepeilte konkrete Ziel der Eindämmung und Bewältigung der inflatorischen Goldaufblähung einschliesslich aller beunruhigenden Folgen, wie vor allem des Preisauftriebs. Luxemburg soll gezielte Maßnahmen bringen, die auch die Lage in den einzelnen EG-Staaten berücksichtigen sollen. Insgesamt soll Luxemburg nach dem Willen der neun Staats- und Regierungschefs die Verabschiedung eines Stabilitätsprogramms ermöglichen, was durch die sehr enge Kooperation der beiden Fachminister der Bundesrepublik und Frankreichs erleichtert werden dürfte. Luxemburg wird auch den Pariser Gipfelbeschluss zu berücksichtigen haben, dass bis zum 1. April 1973 ein gemeinsamer "Europäischer Währungsfonds" geschaffen werden soll, der zunächst als brauchbares Währungsbeeinflussungsinstrument dienen und, auf lange Frist gedacht, zu einer gemeinsamen Währung führen soll.

Ein Punkt, den Willy Brandt in Paris mit großem Nachdruck behandelt und durchgesetzt hat, soll abschliessend besonders hervorgehoben werden: Der Ausbau der Wirtschafts- und Währungs-Union in der dritten Komponente zur "Sozialunion". Die Europäische Gemeinschaft wendet sich mit diesem einstimmigen Pariser Beschluss erstmals direkt an die Millionen Arbeitnehmer in den neun Staaten, denen bewusst und erkennbar werden soll, dass die EG keineswegs bloß ein Europa der Geschäfte, sondern vor allen ein Europa der arbeitenden Menschen und der ihr Leben lebenswert machenden Lebensqualitäten ist. Mit dieser Brandt-Initiative wird die Europäische Gemeinschaft mehr und mehr zur Gemeinschaft der Menschen Europas und bricht damit aus der gouvernementalen und kommissionären Verengung und Verkrustung zum Europa von dir und mir heraus. (ee/ee/23.10.1972/mäu)

Guter Ausblick für den 19. November

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Hessen und in Niedersachsen - in diesem Land gingen allerdings nur vierfünftel der Bevölkerung zur Wahl, weil noch einige Gebietsreformen ausstehen - ist eine eindrucksvolle Bestätigung und Anerkennung guter sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Die Wähler wissen solche Leistungen und die Partei, die sie vollbringt, zu würdigen. Sachentscheidungen geben den Ausschlag. Propagandanebel vermögen hier kaum noch etwas auszurichten. Das war nicht immer so.

So verschieden auch die lokalen und regionalen Verhältnisse und Bedingungen in beiden Bundesländern auch sein mögen, so weisen doch die Wahlergebnisse ein gemeinsames Merkmal auf: Die Sozialdemokraten liegen, von winzigen Ausnahmen abgesehen, in den Groß- und Mittelstädten weit vorn. Sie haben hier im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen die größten Erfolge aufzuweisen, vielfach übertreffen sie sogar die letzten Landtags- und Bundestagsergebnisse. Die überwiegende Mehrzahl der städtischen Bewohner besteht aus Mietern. Da hat es sich eben herumgesprochen, wer den verbesserten Mieterschutz bewirkte und wer dagegen war; auch ist nicht unbekannt geblieben, wer das viele jahrelang unkämpfte Städtebauförderungsgesetz, das erste Ansätze eines neuen Bodenrechts brachte, im Bundestag trotz erbittertem Widerstand der "Unions"-Parteien durchsetzte. Die erschreckenden Auswirkungen der Bodenspekulation erregen die Gemüter besonders in den Städten, das flache Land ist von dieser Plage weniger heimgesucht. Die CDU bekam den Unmut der Wähler in den Ballungsgebieten zu spüren. Hier stößt sie an die Grenzen ihres Wachstums, da ist für sie kaum noch etwas zu holen.

In beiden Ländern konnten die Sozialdemokraten ihre Positionen

ausbauen und verbessern. Ein Stimmenzuwachs von über sieben vH. in Niedersachsen kann sich wohl sehen lassen; im Lande Hessen überschritten sie sogar die 50.vH.-Grenze, ein Erfolg, der durch das Ansteigen der CDU-Stimmen gewiß nicht verdunkelt wird, weil die "Union" vom Mißerfolg der freien Wählervereinigungen profitierte, auf die noch 1968 über einünftel aller Stimmen entfallen war. Für die Freien Demokraten brachte der Sonntag eine Enttäuschung, doch bleibt ihnen ein stimulierender Trost, denn sie sind doch in vielen Gebieten beider Länder aus dem Tief der letzten Bundestagswahlen herausgekommen. Vielleicht wird das für sie ein Ansporn sein, sich in Zukunft noch mehr den Dingen der Kommunalpolitik zuzuwenden.

Es spricht für die politische Reife der acht Millionen Wähler von Hessen und Niedersachsen, das sie durch ihre Entscheidung die Vertreter der extremistischen Parteien aus den Rats- und Gemeindestuben verwiesen haben. Viele frühere NPD-Wähler haben gewiß Heimstatt bei der CDU gefunden, die nicht zuletzt hieraus ihre Stimmengewinne gezogen haben. Die Landtagswahlen im Frühjahr dieses Jahres in Baden-Württemberg machten schon damals eine solche Wanderung deutlich.

Gewiß sind Kommunalwahlen keine formalen Testwahlen für den Siebenten Deutschen Bundestag, doch kann man die belebenden psychologischen Elemente nicht übersehen, die das Ergebnis der Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen beinhalten. Die Sozialdemokraten machten, um zu dem großartigen Erfolg vom 22. Oktober zu kommen, große Anstrengungen und sie werden das allerletzte leisten müssen, um dem 19. November, den Tag der Wahlen zum Deutschen Bundestag gut zu bestehen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

(ae/ex/23.10.1972/ks)

+ + +

Strauß macht sich selbst zur Gefahr

CSU-Chef vor seinem "Point of no return"

Man kann entweder in leidenschaftlich-entrüstetes Pathos ausbrechen oder man kann die Sache mit einem Kopfschütteln abtun oder man kann nun wirklich ernsthaft besorgt werden. Nach dem jetzt erreichten Stand der Dinge bleibt nur noch die dritte Reaktion: Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat mit seiner ausufernden Wahl-agitation einen Punkt erreicht, von dem aus, geht er nur noch einen einzigen Schritt in dieser Richtung weiter, es keinen Rückweg mehr gibt.

Was Strauß am Sonntag im Saarrundfunk von sich gab, nämlich die unsinnige Behauptung, daß man "nur mehr in begrenztem Sinne von freien Wahlen sprechen" könnte, das hat er, wie zu hören war, schon mehrfach in seinen Provinzwahlreden erklärt: Jetzt erst ist es freilich bundes- und weltweit bekannt geworden. Als angebliche Begründung für diesen Nonsens soll herhalten, daß erstens die Bundesregierung ihre Möglichkeiten auch finanzieller Art für die Wahlwerbung der sozialliberalen Koalition voll einsetze, daß sich der DGB zugunsten der SPD ausgesprochen habe und daß schließlich große Teile der Publizistik eine einseitige Haltung gegen die "Union" einnehmen.

Der eigentliche und nicht einmal heimliche Herrscher der "Unions"-Parteien bastelt aus diesen drei allgemein längst bekannten Vorgängen ein Komplott gegen die innere Freiheit der Bundesrepublik. Dessen unterfährt sich ein Mann, dessen Parteien mit Staats- und vor allem Wirtschaftsgeldern in weit über 100-Millionen-Höhe seit Wochen die Tages- und Wochenzeitungen mit Seiten-Wahlanzeigen füllen; dessen Parteien die bundesdeutschen Straßen mit CDU- und CSU-Wahlplakaten sonderzahl bepflanzen; dessen Parteien sich der offenen Unterstützung weiter Kreise der westdeutschen Industrie und Wirtschaft rühmen können; und dessen Parteien vom größten bundesdeutschen Zeitungskonzern seit Jahr und Tag in täglicher Millionenauflage völlig einseitiger Hilfe gewiss sein kann. Man braucht, um dieses atemberaubende Bild abzurunden, schließlich nur noch an den rücksichtslosen Einsatz der gesamten Staatsmittel in den Jahrzehnten der Adenauer- und der Erhard-Regierungen zu erinnern: Wo war damals dieser Franz Josef Strauß, um Protest zu schreien und die Freiheit gefährdet zu sehen ?!

Der CSU-Vorsitzende ist, jedermann kann das erkennen, in seiner Wahl-agitation an seinem "Point of no return" angelangt. Es ist nicht so, dass die SPD- und FDP-Wahlinformationen ihn zur Gefahr stempeln, wie er weinerlich beklagt; wie immer mit dünnster Beleidigtenhaut, wenn es ihn selbst angeht. Franz Josef Strauß macht sich selbst zur Gefahr. Es wird höchste Zeit, daß man dieses bedrohliche Faktum sehr ernsthaft einkalkuliert.

(ee/ec/23.10.1972/mäu)